

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Belegblätter für Anzeigen aus dem Erzgebirge zu 5 Pfennig, aus dem Ausland zu 10 Pfennig, aus dem Ausland zu 15 Pfennig, aus dem Ausland zu 20 Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 294

Sonnabend, den 18. Dezember 1926

21. Jahrgang

### Bevorstehende Regierungskrise.

Eine Scheidemann-Rede, die Brandfackel im Pulverschiff. Reichswehr und Geßler.

Berlin, 16. Dez. Reichskanzler Dr. Marx begann bei Beginn der politischen Aussprache mit folgender Regierungserklärung:

Die sozialdemokratische Fraktion hat durch Beschluß vom 9. d. M. festgestellt, daß sie eine Entscheidung über die Bestattung der Reichsregierung für notwendig halte, und daß sie diese Entscheidung bei der letzten Sitzung des Reichstages herbeiführen werde. Die Reichsregierung ließ sich demgegenüber von dem Gedanken leiten, daß angesichts der außenpolitischen Lage und der dadurch gegebenen Notwendigkeit, für die Abklärung einiger bedeutender in Genuß noch unentschiedener Rechtsfragen verhandlungsfähig zu stehen,

eine Regierungskrise, wenn irgendmöglich vermieden werden müsse.

Aus der Gesamtentwicklung der letzten Zeit heraus hat die Reichsregierung daher die Initiative für Verhandlungen mit der Sozialdemokratie als der größten Oppositionspartei zur Erzielung einer Verbreiterung der Regierungsbasis ergriffen.

Die Regierungsparteien billigten ohne Ausnahme diesen Entschluß der Regierung, so daß am Nachmittag des 15. Dezember der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt werden konnte, die Reichsregierung sei in Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien bereit, in Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion anzutreten mit dem Ziele der Bildung der Großen Koalition. Die sozialdemokratische Fraktion hat dann bekanntlich gestern abend sich zwar zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit erklärt, zugleich aber den Rücktritt der Reichsregierung verlangt.

Die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien beabsichtigten Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion hätten ihren Fortgang genommen, ohne daß die Autorität der Regierung nach innen und außen geschwächt worden wäre. Der geforderte Rücktritt der Reichsregierung müßte für längere Zeit zu einer nur geschäftsführenden Regierung führen, da unter den obwaltenden Verhältnissen eine rasche Lösung der Krise unmöglich erscheint. Die Reichsregierung vermag die Verantwortung für einen solchen Zustand, der mit den schwersten Nachteilen vor allem für unsere außenpolitischen Interessen verbunden sein muß, nicht zu übernehmen; sie muß diese Verantwortung denjenigen Parteien des Reichstages überlassen, die durch ihre Weisungen ihn herbeiführen. Namens der Reichsregierung habe ich daher die Erklärung abzugeben,

daß die Regierung entschlossen ist, nicht zurückzutreten. Das weitere muß sie der Entscheidung des Reichstages überlassen."

Die Regierungserklärung wurde von den Mittelparteien mit Bravorufen aufgenommen.

#### Die Scheidemann-Rede.

Unmittelbar nachher nahm Abg. Scheidemann (Soz.) das Wort, der sich ausschließlich mit Reichswehrfragen beschäftigte und sich dabei verleitete, Einzelheiten über „illegale Vorgänge in der Reichswehr“ vorzubringen, deren Nachprüfung der Öffentlichkeit unzulässig ist. In heftigen Zwischenrufen, besonders des Abg. Westarp, wurde dem Abg. Scheidemann der Vorwurf des „Landesverrats“ gemacht, man hörte auch einzelne beschimpfende Ausrufungen, bis Graf Westarp der deutschnationalen Fraktion das Reden zum Verlassen des Saales gab. Die WMischen folgten dem Willen Scheidemann sprach weiter und sagte den Schluß seiner Rede folgendermaßen:

„Ich will die aus den geschilderten Zuständen erwachsenden Gefahren nicht überstreifen. Solange das Schiff der Republik die genügende Tragkraft hat, ist nichts zu befürchten, aber kommen einmal bewegte Zeiten über uns, dann wird eine bewaffnete Macht, die der demokratischen Republik feindlich gegenübersteht, zur ungeheuren Gefahr. Die Republik braucht eine bewaffnete Macht, auf die sie sich unter allen Umständen verlassen kann. Wir können unmöglich Zustände dulden, die der Erreichung des Zieles einer wirklich demokratischen republikanischen Reichswehr entgegenstehen. Das wäre ein Verbrechen am Deutschen Volk. Darum braucht man eine Reform der Reichswehr. Wir glauben Ihnen, dem Weg zeigen zu können, auf dem wir eine zuverlässige Reichswehr bekommen können, und wir haben uns mit der Regierung schon vor einigen Tagen in Verbindung gesetzt, indem wir bestimmte Forderungen aufstellten, von denen wir überzeugt sind, daß ihre sofortige Durchführung möglich ist und ein guter Anfang wäre, um die Reichswehr zu dem zu machen, was sie sein sollte. Wir verlangen

1. Die Durchführung des Verbots jeder Verbindung von Reichswehr und Marine mit rechtsradikalen Verbänden; Entlassung der Offiziere, die dieses Verbot überschreiten. 2. Das Verbot der Annahme jeglicher Spenden aus Privatkreisen. Alle der Reichswehr zur Verfügung stehenden Gelder müssen etabliert sein. Wir verlangen ferner einen Einwandweis der pensionierten Offiziere und der sonstigen Offiziere, die auf Privatdienstvertrag bei der Reichswehr und Marine angestellt sind, nach Namen, Standort und Art ihrer Beschäftigung und gründliche Aufklärung über die Höhe ihrer Entschädigungen. 3. Wir verlangen eine Kontrolle über den künftigen Seereserfas durch Kontrollkommissionen unter Beteiligung der unteren Verwaltungsbehörden.

Die militärischen Sachverständigen sind sich darin einig, daß das entwaffnete Deutschland keinen Krieg führen kann, und daß davon durch die geheimen Anstellungen nichts geändert wird. Die geheimen Anstellungen schädigen uns im Auslande. Die Gegner der Abrüstung im Auslande berufen sich fortgesetzt darauf, daß Deutschland die Entwaffnung nur Scheinbar durchführt. (Widerspruch rechts.) Fragen Sie nur Herrn Stresemann, der immer auf diese Schwierigkeiten stößt. Das Ausland findet immer neue Gründe für das Betrüben, wobei wir den kürzeren ziehen. Was man als

#### Nationalsozialismus

bezeichnet, ist ein Produkt, das nirgends anders in der Welt als bei uns entstehen kann. Leider ist unser Volk trotz der schweren Lasten noch immer reichlich unpolitisch geblieben. Wir verlangen bindende Garantien, daß das geheime Müssen aufhört. Au Ausland wünschen wir ein gutes Verhältnis, aber es muß ehrlich und sauber sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist kein ehrliches und sauberes Verhältnis, wenn man gleichzeitig mit den Kommunisten und Offizieren der Reichswehr Bruderküsse austauscht. Wer das tut, ist verdächtig, daß er mindestens einen von beiden betrügt. (Lachen b. d. Komm.) Wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, die Reichswehr aufzubauen, würde sie ganz anders aussehen als heute. (Lachen im ganzen Hause. — Rufe bei den Komm.: Sie waren doch Reichskanzler. — Andauernder Lärm, den der Präsident Liebe zu befähichtigen sucht.) Wissen denn die Kommunisten nicht mehr, wie sie die Arbeiter als Schäfte behandelt haben, die in die Reichswehr eintreten wollten.

Wir wollen gern Moskaus Freunde sein, aber wir wollen nicht Moskaus Karren sein. (Lärm bei den Komm.) Keine Sowjetmunition mehr für deutsche Geschütze! (Zwischenrufe bei den Komm.) Der Weg zu dem, was wir für notwendig halten, ist weit, es kann nicht alles an einem Tage gemacht werden. Wir sind bereit, in der Regierung oder draußen sachliche Mitarbeit zu leisten. Jedenfalls muß ein Anfang gemacht werden, und zwar an der Spitze. An der Spitze steht Herr Geßler im laufenden Jahr. (Lärm und Zwischenrufe bei den Komm.) Das Resultat seiner Arbeit habe ich gezeigt. Wer solche Zustände verantworten kann, mag es tun, wir lehnen es ab. (Zwischenruf bei den Komm.)

Deshalb entziehe meine Partei ganz ausdrücklich dem Minister Geßler das Vertrauen.

(Auf bei den Komm.: Was dem?) Die Reform der Reichswehr ist aber nur durchzuführen, wenn die Regierung aus wirklich zuverlässigen Republikanern zusammengesetzt ist. Eine wirklich republikanische Regierung würde sehr schnell eingreifen. Wir haben uns in der neuesten Zeit bereit erklärt, in die Regierung einzutreten. (Abg. v. Graefe: Sie waren ja schon mit drin!) Die jetzige Situation ist durch das Verschulden des Herrn Dr. Scholz hervorgerufen. Wir wünschen nach wie vor die Neubildung einer Regierung. Der verfassungsmäßige Weg, die Neubildung zu verlangen, zeigt der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Antrag!

Man entzieht dem Kabinett das Vertrauen. Wir werden diesem Antrag zustimmen und hoffen, daß er Annahme finden wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Marx gibt folgende Erklärung ab: „Entsprechend Ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Reichswehr fällt es der Reichsregierung nicht schwer, zu den Wünschen Stellung zu nehmen, die in bezug auf die Reform der Reichswehr in der Öffentlichkeit laut geworden sind. Mit der überwältigenden Mehrheit des Reichstages ist die Reichsregierung der Ansicht, daß die Schlagfertigkeit der Wehrmacht der Republik und ihr Zusammenhalt erhalten werden müssen. Eine Politisierung der Reichswehr lehnen wir ab.“

Wielmehr wird die ganze Schulung und Erziehung der Reichswehr auf die Treue zur bestehenden republikanischen Staatsform und zur Pflanzung gegenüber den verfassungsmäßigen Gewalten abgestellt.

Der Einstellung von Elementen, die sich nachweislich verfassungsfreundlich betätigt haben, in die Reichswehr werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Unser Ziel ist die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern in den Parlamenten und der Reichswehr immer inniger zu gestalten, um das in manchen Kreisen bestehende Mißtrauen zu beseitigen. Dazu gehört auch, daß sich der Ertrag der Reichswehr aus allen Bevölkerungsschichten und allen Teilen des Reiches zusammensetzt. Denn die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist. Dies vorausgesetzt, habe ich zu den einzelnen Wehrverdepunkten folgende Ausführungen zu machen:

1. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Außerordentlichkeit, und durch scharfe Befehle das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Art, zu denen sogenannte Wehrverbände in erster Linie gehören, verboten. Diese Bestimmungen werden strengstens durchgeführt und Zuwiderhandlungen sollen im Rahmen der bestehenden Befehle und Bestimmungen streng geahndet werden.

2. Die Frage von Geldspenden unterliegt zurzeit einer Neuregelung, nach der die Annahme von privaten Geldspenden jeder Art der Zustimmung des Ministers bedarf.

3. Eine Nachweisung der auf privaten Vertrag beim Reichsheer angestellten Personen kann dem Reichstag auf Wunsch bis zum Ende des Etatsjahres vorgelegt werden.

4. Die Bestimmungen für das Erlasswesen im Heere sind auf Grund des ihm im Heeresgesetz verliehenen Berechnungsrechtes vom Herrn Reichspräsidenten im Jahre 1921 erlassen. Es wird zurzeit geprüft, ob und inwieweit Veranlassung vorliegt, dem Herrn Reichspräsidenten Änderungen in diesen Bestimmungen vorzuschlagen. Die unteren Verwaltungsbehörden werden übrigens schon jetzt zwecks Auskunftserteilung weitgehend in Anspruch genommen.

Wenn ich zum Schluß zur Rede des Herrn Abg. Scheidemann komme, so kann ich über diese Rede nur mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen. Wenn ich hier auf Einzelheiten und einzelne Vorgänge, die Herr Scheidemann in seiner Rede vorgetragen hat, nicht eingehe, so habe ich damit in keiner Weise die Wichtigkeit derselben anerkennen wollen. Jedenfalls liegen sie so lange Zeit zurück und haben sich unter so anders gearteten Verhältnissen zugetragen, daß ich ihr Vorbringen heute in keiner Weise für richtig erachten kann. Ich muß im übrigen mein stärkstes Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß eine große Zahl von Einzelheiten hier vorgetragen worden sind, die erst vor kurzem der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht worden sind. Es ist die Prüfung alles Vorgetragenen und Mitteilungen des Ergebnisses zugesagt worden. Ich muß es dem Beschluß des Einzelnen überlassen, das Vorbringen dieser Sachen an dieser Stelle zu bewerten, ehe die Prüfung stattgefunden hat. (Beifall bei den rechts und in der Mitte.) Die eingeleitete Untersuchung hat übrigens bereits jetzt die Unrichtigkeit einer ganzen Anzahl der mitgeteilten Vorgänge ergeben.

Diese einseitige Darstellung, wie sie der Herr Redner beliebt hat, wirft auf die Zustände in unserer Reichswehr ein durchaus falsches Licht. Gerade gegenüber dieser Sachlage und da in den letzten Wochen und Monaten ja überhaupt unsere Wehrmacht zahlreichen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, und da in der Öffentlichkeit Stimmen laut geworden sind, die an ihrer Zuverlässigkeit zweifeln, halte ich es für eine selbstverständliche Pflicht zu erklären:

Die Reichsregierung begibt einem solchen Zweifel nicht. Sie ist sicher, daß die Wehrmacht in jeder Hinsicht ein höchstes Instrument des Staates ist.

omson  
nig  
pfer.  
leben  
ichte.  
lfr.  
lfr.  
rer  
nden  
many  
te  
skvollsten  
günstige  
str. 26  
Lager.  
Christ-  
eine Flasche  
ör  
rogerie  
Heimer.  
in lebhaft  
Straße,  
mit  
ung  
Milch, wenn  
ng, haben  
aufschwöh-  
2, 2 Stuben,  
ge, vorbanb.  
9. T. 5400  
ebblatt erbt.  
immer  
zu vermiet.  
Tageblatt.  
Waffen,  
mit Pelz  
abzugeben.  
Quelle für  
erwerblich  
öffnet.  
arenfabrik  
r. Nr. 44.